

Jahresbericht 2008

1. Statutarische Geschäfte

1.1. Vorstandswahlen

An der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung am 31.3.2008 bei der Eberhard Recycling AG in Rümlang stand statutengemäss (§ 4 Abs. 5) die Gesamtwahl des Vorstandes an. Zur Wahl stellten sich die bisherigen Vorstandsmitglieder.

Für Ihr Engagement mit einem Dankeschön bedacht und in der Folge mit einem kräftigen Applaus für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt wurden die Herren:

- Heiko Gleixner, Co-Präsident D, Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei Gleixner & Maier in Waldshut-Tiengen,
- Rudolf Weber, Co-Präsident CH, Präsident und CEO der Kaba Management + Consulting AG in Rümlang,
- Manfred Bartelmess, Geschäftsführender Gesellschafter der H. Ristelhueber's Nachfolger Spedition GmbH in Waldshut-Tiengen,
- Werner Indermühle, Geschäftsführer der Indermühle AG in Rekingen,
- Dr. Thomas Koller, Verwaltungsratspräsident der vector communications ag in Zürich,
- Jochen Stotmeister, Vorstandsvorsitzender der Sto AG in Stühlingen.

1.2. Revisoren

Ohne Gegenstimme in ihrem Amt als Rechnungsrevisoren bestätigt wurden die Herren Martin Arnold, Geschäftsleiter des Kantonalen Gewerbeverbands Zürich sowie Ernst Forster, Geschäftsführer der Hectronic GmbH in Bonndorf.

1.3. Geschäftsleitung

Die Geschäftsführung der Unternehmerinitiative wird im Rahmen einer Leistungsvereinbarung von der Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland (VSUD) mit Sitz in Basel wahrgenommen. Formelle Sitze der Unternehmerinitiative sind jedoch nach wie vor Waldshut-Tiengen und Zürich.

Als Geschäftsführer verantwortlich für die administrativen und organisatorischen Aufgaben der Unternehmerinitiative ist Herr Theodor Häner, tatkräftig unterstützt von Frau Stefanie Luckert, Hauptverantwortliche für den Bereich Öffentlichkeits- und Medienarbeit.

2. Mitglieder

2.1. Mitgliederbasis

Ende 2008 zählte die Unternehmerinitiative 63 Mitglieder; 25 aus Deutschland und 38 aus der Schweiz.

Dank des persönlichen Einsatzes von Präsidium und Vorstand bei persönlichen Gesprächen und

Schweiz:

Weinbergstrasse 131, Postfach, 8042 Zürich
Tel: 0041 43 299 66 28 • Fax: 0041 43 299 66 22
E-Mail: office-ch@unternehmerinitiative.org

Bankverbindungen:

UBS AG, 8098 Zürich
PC 80-2-2, Konto 835609.40V
IBAN CH16 0027 8278 8356 0940 V

Deutschland:

c/o Gleixner & Maier, Bismarckstrasse 6, Postfach 16 17, 79761 Waldshut-Tiengen
Tel: 0049 77 51 83 73 70 • Fax: 0049 77 51 83 73 31
E-Mail: office-de@unternehmerinitiative.org

Sparkasse Hochrhein, 79761 Waldshut-Tiengen
BLZ 684 522 90, Konto 77012052
IBAN DE87 6845 2290 0077 0120 52

mittels Korrespondenz ist es gelungen, im Jahr 2008 folgende Unternehmen als Neumitglieder zu gewinnen:

- WirtschaftsForumZurzibiet,
- Spedition Bäumle GmbH,
- Dipl. Ing. Harry Heddergott.

Da gleichzeitig auch drei Austritte zu beklagen waren, hielt sich die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt die Waage.

Leider nur in wenigen Fällen umgesetzt sind Doppelmitgliedschaften verbundener Unternehmen, wonach sowohl die schweizerische bzw. deutsche Mutter- als auch deren deutsche bzw. schweizerische Tochtergesellschaft zahlende Mitglieder der Unternehmerinitiative sind. Hier bestünde noch einiges „Wachstumspotential“.

2.2. Finanzielle Situation

Im Jahr 2008 sind auf den beiden Konten der Unternehmerinitiative Mitgliederbeiträge in der Höhe von CHF 23.600.- sowie EUR 8.905.- eingegangen. Insgesamt also rund CHF 37.000.- bzw. EUR 24.600.-.

Dazu kamen „ausserordentliche“ (Gönner)Beiträge in der Höhe von CHF 14.500.- und EUR 2.500.-. Insgesamt also rund CHF 18.200.- bzw. EUR 12.200.-.

Die Ausgaben beliefen sich in der gleichen Periode auf CHF 23.180.- und EUR 11.050.-.

Gesamteinnahmen von etwa CHF 55.200.- bzw. EUR 36.800.- standen Gesamtausgaben von etwa CHF 39.800.- bzw. EUR 26.500.- gegenüber.

Verglichen mit dem Vorjahr, als an dieser Stelle eine Vermögensverminderung von CHF 2.900.- bzw. EUR 1.800.- ausgewiesen werden musste, konnte im Jahr 2008 ein Vermögenszuwachs von rund CHF 15.400.- bzw. EUR 10.200.- realisiert werden.

Die Zahlen zur Finanzsituation am 31.12.2008 finden Sie im Detail in der Zusammenstellung der Vermögenswerte, welche diesem Schreiben separat beiliegen.

2.3. Gönner 2008

Nachfolgende Unternehmen aus unserem Mitgliederkreis haben sich im Beitragsjahr 2008 zu einer ausserstatutarischen Unterstützung der Unternehmerinitiative bereit erklärt.

In die Liste der Gönner aufgenommen wurden:

- KABA AG
- Sto AG

Weitere Unterstützung erhielt die Unternehmerinitiative von

- Zürcher Kantonalbank
- Eberhard AG

Insgesamt trugen diese Beiträge zu fast 33% der Gesamteinnahmen bei. Das Präsidium, der Vorstand und die Geschäftsstelle verdanken den genannten Unternehmen ihren wertvollen Beitrag.

Allen Mitgliedern und Interessenten, welche die Unternehmerinitiative bei ihrer Arbeit als Gönner oder in anderer Weise unterstützen möchten, gibt die Geschäftsstelle bezüglich der Modalitäten gerne Auskunft.

3. Interessenwahrung und Öffentlichkeitsarbeit

Präsidium, Vorstand und Geschäftsstelle konnten bei diversen Gelegenheiten die Anliegen der Unternehmerinitiative einbringen. Siehe dazu auch den beiliegenden Leistungsausweis 2008/09.

3.1. „Forderungspapier“

Mitte April 2008 konnte die Unternehmerinitiative ihr „Forderungs-Papier“ der Öffentlichkeit vorstellen. Darin wird anhand von fünf Schwerpunktthemen

- durchgehende West-Ost Strassenverbindung (A98),
- überregionaler Anschluss der Bahnlinien,
- zeitgemässe Abfertigung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs,
- zweckmässige Zollformalitäten und weniger Formalismus für grenzüberschreitende Dienstleistungserbringen,
- Sicherstellung optimaler internationaler Erreichbarkeit (Flughafen Zürich)

aufgezeigt, in welchen Bereichen die Politik ohne Verzögerung tätig werden muss, damit sich der Wirtschaftsstandort Südbaden-Nordschweiz auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb behaupten kann und nicht zurückzufallen droht.

3.2. Schreiben an Merkel/Couchepin

Diese Forderungen waren Teil eines gemeinsamen Schreibens der Präsidenten der IHK Hochrhein Bodensee, der VSUD sowie der Unternehmerinitiative an die deutsche Bundeskanzlerin Merkel und den schweizerischen Bundespräsidenten Couchepin von Ende März 2008. Darin war man sich einig, dass dem Wirtschaftsraum ein Rückschritt droht, falls die bekannten Herausforderungen nicht endlich gemeinsam gelöst werden.

Die Wirtschaftsverbände hofften insgeheim darauf, dass mit einer Entkrampfung des Flughafenstreits auch Bewegung in die zahlreichen anderen Dossiers kommt, die für die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit in der Region nicht minder bedeutsam sind als der Flughafen. Dies gilt namentlich für die Zollabfertigung, die Stauproblematik, das Schweizer Nachtfahrverbot für Lkw, den gesamten Bereich des Entsenderechts sowie die Entwicklung einer grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur (A 98).

3.3. Berlin 2008

Der am 19.9.2008 anlässlich des von der VSUD organisierten Anlasses „Berlin 2008“ behandelte Themenschwerpunkt „Die Schweizerisch-deutsche Landesgrenze - Freie Fahrt oder immer höhere Barrieren?“ bot Gelegenheit, vor namhaftem Publikum auf die „Schnittstellenfunktion“ der Region „Südbaden-Nordschweiz“ im Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland hinzuweisen.

Insbesondere die Tatsache, dass in diesem Wirtschaftsraum ein gleich grosses bzw. grösseres Volkseinkommen generiert wird als z.B. in Irland, Dänemark oder Portugal, hat den Teilnehmern imponiert. Diese waren sich einig, dass schlanke Abläufe an den Grenzübergängen zwingend nötig sind, um die grenzüberschreitenden Warenwege und Produktionsprozesse nicht zu beeinträchtigen.

4. Fazit

Sehr zum Ärger der Wirtschaft hat sich die deutsche Bundeskanzlerin bei ihrem Treffen mit dem schweizerischen Bundespräsidenten Ende April 2008 lediglich des Fluglärnthemas angenommen und die anderen, selbst seitens der Schweizer Bundespolitik portierten Forderungen der genannten Wirtschaftsverbände gänzlich ignoriert. Leider hat Frau Merkel hierbei eine gute Gelegenheit, ein

starkes Zeichen zu setzen, um unsere Region von der schädlichen Blockade der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu befreien, ungenutzt verstreichen lassen. Zudem sollte wohl auch nicht der Eindruck erweckt werden, dass verschiedene offene Fragen im deutsch-schweizerischen Verhältnis miteinander verknüpft werden könnten (sog. „Paketlösung“), um in der Folge als Gesamtheit abgearbeitet zu werden.

Paketlösungen sind tatsächlich nicht immer wünschenswert, da sich diese zumeist auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken und deshalb suboptimal erscheinen. Dessen ungeachtet sind sie weltweit akzeptierter Bestandteil der politischen Verhandlungs- und Lösungsfindungskultur, haben also unbestritten ihre praktische Berechtigung. Darüber hinaus ist ihre Aussenwirkung nicht zu unterschätzen, da brisante Fragen trotz unterschiedlicher Auffassungen der Verhandlungspartner wahrnehmbar vorangetrieben werden.

Nun gut, die Region Südbaden-Nordschweiz muss wohl ohne dieses Instrumentarium auskommen. Ob der dringend notwendige Verhandlungsfortschritt in Form eines „Pakets“, oder aber durch parallele und selbständige Verhandlungen in allen relevanten Dossiers erzielt wird, ist letztendlich einerlei. Für uns als Wirtschaftsinteressenverband entscheidend sind lediglich zählbare Ergebnisse; und diese lassen leider auf sich warten.

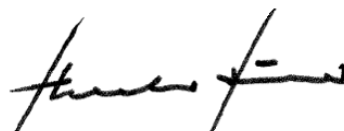
So überrascht es nicht, dass im bilateralen Verhältnis Schweiz-Deutschland seit diesem April-Treffen (an)gespannte Ruhe eingekehrt ist und sich in den diversen Dossiers „Stillstand“ breitmacht. Kaum ein politischer Akteur macht derzeit Anstalten, von sich aus die heiklen Themen wie z.B. West-Ost-Strassenverbindung, Flughafen-Debatte oder Bahnsteckenführungen erneut anzusprechen, geschweige denn diese einer partnerschaftlich nützlichen Lösung zuführen zu wollen. Selbst die an diesem Treffen beschlossene Fluglärmneuberechnung kam nur mit Mühe aus den „Startlöchern“.

Kurzum, man ist auf politischer Ebene in den wichtigen grenzüberschreitenden Anliegen - abgesehen von einem praktikablen und erfreulichen Lösungsansatz bei der Zollsicherheitsfrage - nicht nennenswert weitergekommen als ein Jahr bzw. die Jahre davor. Von daher muss das Jahr 2008 zumindest aus Sicht der regionalen Wirtschaft als „verlorenes Jahr“ abgehakt werden.

Dessen ungeachtet bleibt für uns die Erkenntnis, dass die Lösungen für die bestehenden Probleme nötiger den je in der Region und von der Region erarbeitet werden müssen. Die Akteure und Entscheidungsträger dürfen sich nicht darauf verlassen bzw. darauf hoffen, dass ihnen diese Aufgabe von den politischen Machtzentren abgenommen wird.

Trotz dieser eher ernüchternden Bilanz sind sich die regionalen Wirtschaftsverbände einig darin, dass die Wirtschaft am Hochrhein ihre Anliegen auch in Zukunft geschlossen und mit Nachdruck vertreten sollte, um so ihre Position im Hinblick auf die politischen Auseinandersetzungen kontinuierlich zu stärken. Hierin liegen zugleich Herausforderung und Auftrag der Unternehmerinitiative für das Jahr 2009.

Mit freundlichen Grüßen
UNTERNEHMERINITIATIVE WIRTSCHAFTSRAUM DCH



Theodor Häner
Geschäftsführer



Stefanie Luckert
Medien- und Pressearbeit